

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden  
Raden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsanstalt: Schönl. Eisenh. Zeitungs-  
druckerei, Dresden, Marktstr. 10, gegenüber  
dem Hauptbahnhof, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Zeitungen im öffentlichen Verkehr ist es durch eine Erleichterung der Besichtigung durch den Inhalt der Zeitungen über auf Kosten der Zeitung

Abonnement: Einmalig 1 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark, einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Postfach 10, Dresden, Nr. 1268. Druck-  
stelle: Postfach 10, Dresden, Nr. 1268 und 1277.  
Verantwortlich: Postfach 10, Dresden, Nr. 1268.

Abonnement: Einmalig 1 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark, einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 252

Dresden, Freitag den 26. Oktober 1928

39. Jahrg.

## Republik und Beamtenerschaft

### Severing fordert Musterung unter den Stahlhelmbesatzern

Auf dem zur Zeit in Berlin tagenden Kongress der Deutschen Beamtenbundes nahm für die Reichsregierung der Reichsminister des Innern Severing am Donnerstag das Wort und sagte:

„Die Reichsregierung und ich wissen sehr wohl, dass wir mit einem großen, staatsbejahenden Berufsbeamtenstand (Lebhafter Beifall) neben der Opferwilligkeit und der Verantwortlichkeit der deutschen Arbeiterschaft war es das Berufsbeamtenstand, das im Jahre 1918 Volk und Land vor dem schlimmsten Chaos bewahrte. Auch in dieser Übergangsperiode sollten alle Beamten-gehälter vermindert werden. Diejenigen seien im Irrtum, die glauben, dass durch einen Abzug von Beamten eine Vermehrung zu erreichen ist. Nicht die Entlassung von Funktionen, sondern die Abschaffung von Funktionen führe Einsparungsmaßnahmen herbei. (Lebhafter Beifall.) Tradition könnte nur ruhig in Ehren gehalten, aber ein großer Mistker habe einmal gesagt, Tradition sei Schlumperei, und dieser Vergleich lasse sich auf die Tradition der Verwaltung leicht anwenden. (Lebhafter Beifall.) Grundsätzlich hätte die Länderkonferenz ein großes Hindernis aus dem Wege geräumt, nämlich die Unversöhnlichkeit des Richters zwischen Nord und Süd. (Beifall.) Das die Süddeutschen hätten sich bereit gezeigt, an einer Vereinheitlichung der Verwaltung mitzuwirken. Die Situation auf der Länderkonferenz sei die, dass der gültigste Punkt der Konferenz beauftragt habe, Entwürfe auszuarbeiten. Die Notwendigkeit, unser Vaterland nicht zu zersplittern zu lassen, zwinge uns gebieterisch zu einer Vereinigung und Verbilligung der Verwaltung.“

„Ich danke“, so erklärte der Minister, „dem Herrn Vorsitzenden für das Votum, das Sie sich mit der Republik verbunden fühlen. Leider ergibt sich manchmal, dass nicht alle Beamten auf diesem Standpunkt stehen. Helfen Sie mir, diese Beamten wieder auf den richtigen Weg der Republik zu lenken. Dann bin ich der Überzeugung, dass alle an einem Strang ziehen, wenn es gilt, Ihre rechtliche und soziale Lage zu verbessern. Ich trete für eine Verbesserung der sozialen Stellung der Beamten und für das Recht der freien Meinungsäußerung ein. Ich bin aber auch verpflichtet, die Republik gegenüber solchen Feinden zu schützen, die in den Reihen des Berufsbeamtenstandes stehen. Ein junges Staatswesen hat sich gegen die Unterminierung seiner Grundmauern zu schützen, und wenn sich Organisationen im Deutschen Reich aufbauen, die den Staat gegen die Republik auf ihre Fahnen schreiben, und wenn diese Organisationen ihre Tätigkeit verweigern, demnachst das

deutsche Staatswesen überrennen zu wollen, haben die verantwortlichen Stellen der Republik die Verpflichtung, die Reihen dieser Organisationen daraufhin zu prüfen, ob nicht auch Berufsbeamte dabei sind.“ (Lebhafter Beifall.)

### Mißbrauch bayerischer Staatsgelder Wie Justizminister Girtner den Juristentag beschwerte!

D. München, 21. Oktober. (Via Draht.)

Auf die Mitteilungen des Soz. Pressedienstes über die korruptive Art und Weise, wie der bayerische Justizminister Girtner von Amts wegen die Besoldung des Salzburger Juristentages mit reaktionären Beamten seiner Verwaltung organisiert, wußte Girtner lediglich zu erwidern, daß die dazu verwendeten Staatsgelder nicht dem Fonds für Beihilfen, sondern dem zur Weiterbildung der Beamten und Anwärter entnommen wurden. Inzwischen sind dem Soz. Pressedienst neue belastende Einzelheiten bekannt geworden, vor allem die Tatsache, daß den nach Salzburg kommandierten Beamten, die noch nicht Mitglieder des Deutschen Juristentages waren — und das war weit aus der Mehrzahl —, auch der Mitgliedsbeitrag für ein Jahr aus der Staatskasse bezahlt wurde, damit sie die jagungsmäßige Voraussetzung für die Teilnahme an den Abstimmungen erfüllten. Da sich Girtner's Auftrag überdies nur für die Abteilung interessierte, die die Vereinfachung der Justiz behandelte, und sich um die übrigen Abteilungen (Reform des Eherechts, Parteigesetzgebung, Schutz der Arbeitskraft) so gut wie gar nicht kümmerte, so ist die Verschwendung des Bildungsgeldes durch den Justizminister eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit.

Die bayerische Deputation der höheren Juristen umfaßte über 40 Mann, abgesehen von jenen sogenannten Spitzenbeamten, denen kraft ihrer Dienststellung die Reise nach Salzburg als pflichtmäßiger Dienst oblag. Sie erhielten die für Dienstreisen vorgesehenen Aufwandsentschädigungen und Reisekosten, die für jeden Mann für Mann 50 M. und die meisten von ihnen außerdem noch nachträglich die 15 M. Mitgliedsbeitrag. Auf diese Weise wurde der Fonds für Bildungszwecke der Justizbeamten nahezu völlig erschöpft, so daß für die Weiterbildung der mittleren und unteren Justizbeamten so gut wie gar nichts übrig geblieben ist. Es ist nicht anzunehmen, daß sich der Landtag diesen offenkundigen Mißbrauch von Staatsgeldern gefallen läßt.

### Eisenbahnkatastrophe in Rumänien

50 Tote und Verletzte

wtb. Bukarest, 26. Oktober. Der von Bukarest kommende Simplon-Express ist heute nach um 2 Uhr auf dem Bahnhof Recca, acht Kilometer von Clujna entfernt, mit einem Schnellzug zusammengestoßen. Die Züge prallten so heftig aufeinander, daß ein Schlafwagen des Simplon-Zuges vollkommen zerstört wurde, ferner zwei Personen, ein Gepäck- und der Postwagen des Schnellzuges. 50 Personen wurden getötet bzw. verletzt. 25 Personen wurden ins Krankenhaus von Clujna übergeführt. Es ist noch unbekannt, wer sich unter den Opfern befindet.

### Wiesenbrand in Japan

S. Berlin, 26. Oktober. (Via Funkpruch.) Im Hafen von Wakani, auf einer japanischen Insel gelegen, sind siebenhundert Häuser durch Feuer zerstört worden.

### Opfer der Rationalisierung

Das Hextempo bei der Post

Von Dr. med. Margarete Siegmund, N. d. R.

Rationalisieren bedeutet: der Vernunft anpassen. Es ist also im eigentlichen Sinne etwas Gutes. Die „neue Sachlichkeit“ ist eine Art Rationalisierung; alles Überflüssige, Bunte, ist weggelassen. Rationalisierte Arbeit ist zweckmäßige Arbeit; Arbeit, bei der jede Kraftverschwendung an überflüssigen Bewegungen vermieden ist. Der ganze Körper steht unter der Herrschaft der Vernunft; infolgedessen ist alles Geschehen einheitlich und leicht und ohne innere Reibung. Von dieser richtigen Rationalisierung haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer erschütternde Beispiele gesehen.

Die Arbeitgeber in Deutschland haben allerdings aus der Rationalisierung ihrer Betriebe etwas anderes gemacht. Für sie bedeutet rationalisieren weiter nichts als eine Gewinnfrage: wie hole ich möglichst viel aus dem Betrieb, also aus den einzelnen Arbeitern heraus, wie kann ich den Betrieb am sparsamsten gestalten? Das Ziel ist Geld, das Schicksal des Arbeiters ist belanglos.

Auch die Deutsche Reichspost hat in dieser einseitigen — und deshalb in höherem Sinne kurzfristigen — Weise rationalisiert. Eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Postbeamtinnenverbände hat sich am 20. Oktober in Berlin mit dieser Frage beschäftigt und festgestellt, daß die Postbeamtinnen recht eigentlich zu Opfern dieser Bestrebungen werden. Nicht bloß wird die Frau mit ihrem geschlechtlich empfänglichen Nervensystem von denselben Maßnahmen stärker betroffen als der Mann — nein, aus den Schilderungen der Diskussionsrednerinnen erhellt auch, daß die Beamtinnen eingreifenderen Maßnahmen unterstellt werden als die Beamten.

Aus dem Bereich aller Dienstzweige kamen die Klagen; sie lauten übereinstimmend: „Die Beamtin arbeitet im Hextempo!“ Es gibt sogenannte „Einheitszählern“. Die Leistungen werden mit der Stoppuhr gemessen; gewisse Nebenleistungen werden aber bei dieser Messung nicht berücksichtigt; Leistungen, die ursprünglich Höchstleistungen waren, werden zum Maßstab genommen und dadurch als Durchschnittsleistung behandelt, die durch neue Steigerungen übertraffen werden soll. . .

Im sogenannten „Schnellverkehr“ (Fernsprecheverbindungen, die sofort hergestellt werden) sind die Arbeitsbedingungen alles andere als sinnvoll rationalisiert. Das Licht ist schlecht, die Augen werden geschädigt, die Tischplatten stehen zu weit zurück, so daß Zwang zu einer gesundheitsgefährlichen Haltung besteht, die Arbeitsplätze sind zu schmal, die Beamtin läuft mit den Armen an, für die sie keine Stütze hat. . .

Die Beamtinnen an den Buchungsmaschinen im Durandienst bekommen ungenügende Möglichkeiten zur Erlernung der Handhabung; sie werden gleich der Höchstleistungsforderung unterstellt. Sehenscheibeneinstellungen treten immer häufiger als Berufskrankheit auf. Für Schenungsbedürftige gibt es keine Ubergangsstellen mit leichteren Dienst. In den Rechnungsstellen müssen in einer Dienststadt 9000 Zahlkarten zweimal durchgesehen werden, also 18000 Karten. . .

In Personal wird auch noch in der Weise gehandelt, daß der Sollbestand an Personal vom Istbestand selten erreicht wird; die Differenz muß eingebracht werden. . .

Die Befolgungen entsprechen den vorgeschriebenen Anordnungen nicht; mit Durchschnittsaltern von 185 bis 190 J.

## Ruf an die Frauen!

von Marie Juchacz, N. d. R.

Die Feiern zur Erinnerung an Bismarcks Schandtag haben viele Hirne aufgerüttelt.

Wenn wir diese Tage festlich begingen, dann ist das in früherer Linie das Fest der Kamenofen, die in der Zeit des Sozialistengeheißes, aber auch vorher und nachher gekämpft und gekämpft haben. Gehörten zu diesen nicht auch unendlich viele Frauen?

Zehntend und mehr Gefängnisjahre wurden in der Zeit des Sozialistengeheißes ausgesprochen. Hundert von Genossen wurden ausgewiesen, gingen in die Schweiz, nach Amerika, nach England. Andere folgten ihnen, verließen das ungeliebte Vaterland, das ihnen für das Ausbrechen ihrer Freiheitsgedanken nur die Gefängniszelle bereithielt. Jüngere aber hinterließ uns in seinem Buch „Nach zehn Jahren“ eine erschütternde Liste der Betroffenen, die aber lange nicht vollständig ist. Es sind sehr viele Familienbäuer darunter, mit vier, fünf und sechs Kindern. Schlicht und recht ähnlich sich die Frauen und Kinder dieser Männer in der Zeit der freien Arbeit. So viel mir irgend möglich war, wurden sie von treuen Genossen unterstützt, bis endlich die Verbindung mit dem sorgenden Vater wieder da war.

Es gehörte viel Verständnis des weiblichen Ehestandes und die kämpfenden Männer durch kluges Einverständnis und moralisch zu stützen. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte der Arbeiterschaft wohl mit der Maschine auch die Arbeit in der Fabrik gebracht. Aber noch hatte nach dem ungeschriebenen Gesetz des Wachstums des männlichen Proletariats keine weibliche Arbeiterinnen recht und wehrlos. Sie waren nicht nur ohne Schutz, in den meisten deutschen Ländern, vornehmlich in Preußen, war ihnen jede Teilnahme an politischen Versammlungen verboten.

Die „Frauenbewegung“ stand noch in den Anfängen und wurde schließlich durch die Reaktion zurückgeworfen. Wir aber wollen heute nicht zurückweichen an den Feinden, die zurückbleiben mußten mit ihren Kindern in enger

Behausung, bangend um das Schicksal des Mannes, dunklen, sorgenvollen Tagen gegenüberstehend. Die Polizei war nicht schonungsvoll. Mit Hausdurchsuchungen, scharfen Verhören und Drohungen wurden die Zurückbleibenden gequält. Schwangerschaft, Geburt, Krankheit und Tod mußten ohne männliche Stütze getragen werden. Wieviel zertrümmertes Familienglück! Tragdem oder gerade deshalb haben Frauen wider dabei gehalten, die verbotenen Druckschriften zu erpedieren und zu verteilten — der Polizei ein Schnippschen zu schlagen.

Und in einer solchen Zeit waren die Frauen noch rechtlos, noch politisch ohnmächtiger als die Männer, die sich wenigstens einige Male in dieser Zeit am Wahltag eine moralische Genugung verschaffen konnten. Das preussische Vereinsgesetz von 1850 verbot den Frauen jede Teilnahme an politischen Vereinen. In anderen Bundesländern, mit wenigen Ausnahmen, war es ähnlich. Ueber den Buchstaben des Vereins hinaus aber ging noch lange nach dem Fall des Sozialistengeheißes die polizeiliche Handhabung. Da mußten sich die Frauen unter allen möglichen Vorwänden aufammenhalten und durften nach Rückschlüssen, die aus der Zeit geboren waren, und nach politischen Auffassungen ihrer Vereinigungen nicht müde werden, sondern mußten immer wieder von vorn anfangen. Allein unter den 47 aufgelösten Berliner Vereinen im Mai 1886 waren 5 Arbeiterinnenvereine. Und drei Frauenvereine, der Verein der Arbeiterinnen Berlins, der Zehnerverein der Wändelnäherinnen und der Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, wurden polizeilich geschlossen.

Einen viel längeren Weg mußten wir Frauen zurücklegen, um zu unserem politischen Recht zu kommen. 1903 erhielten wir erst mit dem Reichsvereinsgesetz die Möglichkeit der politischen Organisation. 1918, zehn Jahre später, gab uns die sozialdemokratische Regierung das Wahlrecht. Wieviel Kampf, wieviel mühselige Aufklärungsarbeit liegt dazwischen! Soll der Sozialismus zum Sieg gelangen, so müssen wir auch die Frauen gewinnen, die noch abseits stehen.